

# Planung der Forschung

(Fortsetzung von Seite 2)  
 schung nötig. Der Umfang der materiellen Aufwendungen für die Wissenschaft im Sozialismus wird bestimmt durch die materiellen Möglichkeiten der Gesellschaft. Geld, das benötigt wird, muß erst verdient werden; dieser einfache Rentabilitätsgrundsatz gilt eben auch in der Wissenschaft.

Um 1890 erschienen in der Welt 1000 wissenschaftliche Zeitschriften, 50 Jahre später 10.000. 1960 hatte sich diese Zahl auf etwa 100.000 Fachzeitschriften in über 60 Sprachen, in denen etwa 2 Millionen wissenschaftliche und technische Artikel erschienen. Bernal ist der Meinung, daß heute auf vielen Gebieten ein solches Chaos von Publikationen und Information besteht, daß es „oft leichter ist, Neues zu finden oder eine neue Theorie aufzustellen, als herauszubekommen, ob es schon gegeben ist“.

(Bernal): Die Wissenschaft in der Geschichte. VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften Berlin 1961, S. 863.) Wie anders kann man gewährleisten, daß das menschliche Hirn, - das gesellschaftliche Hirn -, diese Fülle von Informationen wirklich verarbeitet, wenn nicht durch moderne Dokumentationsmethoden, die selbst ein planvolles Vorgehen in der gesamten Wissenschaft voraussetzen?

Heute ist es oft selbst für den Spezialisten schwierig, all das zu überblicken, was auf einem Spezialgebiet getan wird. In der modernen Technik und Produktion aber finden Ergebnisse der verschiedensten Wissenschaften ihren Niederschlag, moderne Maschinen und moderne Arbeitsorganisation z. B. stellen heute eine materielle Verwirklichung sowohl physikalischer wie chemischer, ökonomischer, medizinischer, psychologischer und anderer wissenschaftlicher Erkenntnisse dar. Ein Musterbeispiel für das Zusammenwirken von Spezialisten auf den verschiedensten Gebieten waren und sind die sowjetischen Sputniks. Ebenso wie eine kaputte Uhr ohne das Funktionieren des ganzen Uhrwerks unmöglich macht, ebenso hätte die Nichterfüllung einzelner Aufgaben das ganze Sputnikprojekt beeinträchtigt. Aber unsere Welt ist voller Sputniks, und was dort gilt, muß auf allen Gebieten Wirklichkeit werden: eine sinnvolle Planung der Forschung.

## Komplexe Arbeit

Auf dem Gebiete der angewandten Forschung in der Chemie z. B. müssen Chemiker, Physiker, Projektierungsingenieure, Verfahrenstechniker, Ökonomen und andere Wissenschaftler zusammenarbeiten, um brauchbare Ergebnisse zu erzielen. (Das scheint eine Binsenweisheit zu sein; die Praxis allerdings zeigt oft, daß dem nicht ganz so ist.) - Der zunehmenden Differenzierung wirkt zwar ein Prozeß der Integration verschiedener Wissenschaften entgegen. Auf dieser Grundlage zeichnen sich Wege ab, in der Ausbildung des Wissenschaftlers neue Wege zu einer sogenannten „Komplexspezialisierung“ zu gehen (vgl. Kuczynski: Über einige Probleme der Ausbildung und Bildung des Wissenschaftlers. Akademie-Verlag Berlin 1963). Das aber hebt die Notwendigkeit planvollen Zusammenwirkens in der wissenschaftlichen Arbeit - bedingt durch zunehmende Spezialisierung - nicht auf, sondern ermöglicht es erst; denn wo ein Spezialist die Arbeit des anderen nicht versteht, dann können beide nicht zusammenarbeiten.

Im 19. Jahrhundert noch stand der wissenschaftliche Einzelarbeiter im Vordergrund. Wissenschaftler wie Scheele, Berzelius, Faraday, Helmholtz, Mayer und andere hatten noch keine oder nur wenige Assistenten, und ihre Schüler bildeten kein Kollektiv oder Team. Nur in wenigen Fällen arbeiteten im 19. Jahrhundert zwei oder mehrere Wissenschaftler eng zusammen wie z. B. A. von Humboldt und Bonpland oder Kirchoff und Bunsen. Um die Jahrhundertwende trat in dieser Beziehung eine Wende ein. Heute wird die Arbeit im Kollektiv immer mehr zur typischen Form der wissenschaftlichen Arbeit. Eine Untersuchung im Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin und Naturwissenschaften an der Karl-Marx-Universität Leipzig über die Zahl der Verfasser der „kurzen Originalmitteilungen“ in der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“ hatte folgendes interessantes Ergebnis:

Anzahl der Verfasser der „kurzen Originalmitteilungen“ in der Zeitschrift „Die Naturwissenschaften“

Anzahl der Autoren je Arbeit	Jg. 1913		Jg. 1926		Jg. 1938		Jg. 1951		Jg. 1962	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	33	89,2	69	75,8	135	57,7	95	43,98	248	40,52
2	4	10,8	21	23,1	75	32,0	87	40,28	258	42,16
3			1	1,1	18	7,7	28	12,96	85	14,05
4					6	2,6	6	2,76	18	2,94
5									2	0,39
Gesamt:	37	100	91	100	234	100	216	100	612	100

aus: Referat Prof. Harig in: Die Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Akademie-Verlag Berlin 1963, hrsg. Harig und Neels. Karl-Marx-Universität, Leipzig 1963, S. 31

Diese Tabelle ist ein Beweis dafür, daß sich Entwicklung zur Gemeinschaftsarbeit in der Wissenschaft mit Naturwendigkeit durchsetzt, auch wenn sich dieser oder jener noch beharrlich dagegen wehren mag. Aber nicht nur im einzelnen Betrieb und Institut wird bzw. muß die Gemeinschaftsarbeit an der Tagesordnung sein, sondern auch in größeren Bereichen. Im Rahmen eines einzelnen Landes, in internationalen Maßstab. Ob diese Art der harmonischen Zusammenarbeit überall, namentlich innerhalb der kapitalistischen Länder und mit kapitalistischen Ländern, möglich ist, das ist eine andere Frage. Von den inneren Entwicklungstendenzen und Bedürfnissen der wissenschaftlichen Arbeit her jedenfalls ist das Verlangen nach planvoller, harmonischer Zusammenarbeit offensichtlich.

Endlich darf nicht unbesucht bleiben, daß die Notwendigkeit einer Planung der Forschung bedingt wird durch den Zeitfaktor, der heute in den verschiedensten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, vor allem aber im internationalen Wettbewerb zwischen Sozialismus und Kapitalismus eine entscheidende Rolle spielt. Zwei können eben mehr leisten als einer.

Es ist einigermaßen amüsant, daß sich heute selbst in den westlichen Ländern jene Stimmen maßgeblicher Politiker mehren, die eine verstärkte Planung der Mittel und Schwerpunkte verlangen. Professor Harig sagte kürzlich darüber: „Vor wenigen Jahren war es dort drüben noch sehr verpönt, von Planung, Koordinierung, Schwerpunktsetzung zu reden. Ich finde, die Nachbarn drüben haben von uns eine ganze Menge angenommen, und man kann sich eines Lächelns nicht erwehren, wenn man ihre heutigen Erkenntnisse über Wirtschaftsplanung und sogar über Planwirtschaft mit früheren vergleicht.“ („Sonntag“ Nr. 31/1964, S. 4.)

## III.

Gewöhnlich sind dort, wo sich gesellschaftliche Notwendigkeiten herausgebildet haben, auch die Möglichkeiten der Befriedigung der herangereiften Bedürfnisse gegeben; die Menschheit stellt sich, wie Karl Marx sagt, prinzipiell nur solche Aufgaben, die sie lösen kann. Dennoch ist mit dem Nachweis der Notwendigkeit einer Planung der Forschung deren Möglichkeit noch nicht eindeutig bewiesen. Dieser Beweis ist weniger ein rein theoretisches Unterfangen, sondern er ist vor allem praktisch von Interesse. Zwar haben sich die Gemüter derjenigen, die vor einigen Jahren die Möglichkeit einer Planung der Wissenschaft mehr oder weniger leidenschaftlich bezweifeln, weitgehend beruhigt, weil sich bessere Einsicht durchzusetzen begann (oder im allgemeinen schon durchgesetzt hat). Trotzdem tauchen hin und wieder die altbekannten Argumente gegen eine Planbarkeit der Wissenschaft auf und scheint die Praxis der Planung der Forschung zuweilen eine andere Sprache zu sprechen.

Welches sind die bekannsten Zweifel an der Möglichkeit einer Planung der Forschung? Sie bestehen im wesentlichen in folgenden Thesen: Die Wissenschaft kann nur gedeihen in einer Atmosphäre der Freiheit. Planung aber enthalte immer ein Element des Zwanges, führe mit der Einengung der individuellen Freiheit zu einer Abtötung des freien schöpferischen Gedankens. Die wissenschaftliche Forschung dringe ins Unbekannte vor, man könne dieses Unbekannte nicht wie ein gesichertes Faktum behandeln, es sei nicht vorhersehbar (andernfalls gäbe es ja keine Erfindungen und Entdeckungen), also nicht planbar. Wie viele Entdeckungen wurden in der Geschichte der Wissenschaft gerade dort gemacht, wo man sie am allerwenigsten vermutete! Die Wissenschaft hat eine Pflicht zur Erkenntnis der Wahrheit, aber auch ein Recht auf Irrtum und Risiko. Dafür habe keine Planung Platz.

(Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)

Der Student, dem ich gegenüberstehe, hat sehr gute Leistungen im Studium. Obwohl er erst im 7. Semester studiert, besucht er den größten Teil der Vorlesungen aus dem 9. Semester und legt dort Prüfungen ab. Wieweil Fleiß, Energie, Können und auch Zeit ist dafür erforderlich!

Genosse Friedmar Erfurt, Fachrichtung Angewandte Mechanik, ist ein Beststudent. Beststudent im Studium wie auch seiner gesellschaftlichen Tätigkeit. Er faßt auch seine Mitgliedschaft in unserem sozialistischen Jugendverband nicht formell auf, sondern arbeitet aktiv mit. Vom dritten bis zum siebenten Semester war er gewählter Fachrichtungssekretär. Schon allein daran ist ersichtlich, daß fachliches Studium und gesellschaftliche Tätigkeit, richtig vereint, gute Ergebnisse auf beiden Gebieten bringen können! Friedmar erzählt, daß er aus der Arbeit im Jugendverband viel lernt. Der Umgang mit den Jugendfreunden; dahinterzukommen, wie man sie anpacken muß, um sie zu überzeugen, sie zur Mitarbeit anzuregen - das alles hat er schon gelernt. Friedmar hat auch gelernt, wie man Probleme der Leitungstätigkeit angeht, genauso wie man etwas organisiert. Sind das nicht alles Fähigkeiten, die ein Diplomingenieur haben muß? Es dürfte auch bekannt sein, daß ein Jugendfreund, der andere gut anleiten möchte, selber wissen muß, was er will; daß er ein solides Wissen in den Gesellschaftswissenschaften besitzt, daß er über das politische Weltgeschehen informiert ist, um sich aus alledem einen eigenen, einen parteilichen Standpunkt bilden zu können. Dann kann man auch Eigeninitiative zeigen, die der Entwicklung unseres Staates zu der sozialistischen Gesellschaftsordnung hin dienlich ist. So ist es auch möglich Schwierigkeiten zu überwinden und irige Ansichten, auch



wenn sie einmal von übergeordneten Stellen geäußert und vertreten werden, zu widerlegen. Als Beispiel dafür erzählte mir Friedmar, wie in seiner Fachrichtung das FDJ-Lehrjahr mit den Gruppenfunktionären durchgeführt wurde. FDJ-Lehrjahr mit dem Parteilehrjahr gemeinsam, das ist interessant, das ist wirkungsvoll und wird angeschlossen. Das war die Ansicht Friedmars. Zur ersten gemeinsamen Stunde saßen die Genossen allein da. Friedmar „hielt aber zur Stange“, denn er wollte nicht so schnell aufgeben. Schon beim nächsten FDJ- und Parteilehrjahr nahmen einige FDJ-Funktionäre teil, und die Teilnehmerzahl stieg. Das ist eigentlich Beweis genug für die Qualität des Lehrjahres. Mancher wird vielleicht skeptisch fragen, fragt denn Friedmar die Weisheit mit Löffeln oder wie macht er es? Beste Leistungen zu bringen bei dieser enormen gesellschaftlichen Tätigkeit!

Er lernt an sich wie alle anderen. Nur lernt er sehr konzentriert und teilt

sich seine Zeit auf die Minute ein. Er ist dazu gezwungen und hat es geschafft, die eigene Trägheit zu überwinden. Das sollte eigentlich alle zukünftigen Akademiker auszeichnen, die persönliche Zeit so einzuteilen, daß kein Leerlauf vorhanden ist.

Nun ist Friedmar auch kein wilder Streber. Theaterbesuche, sein Hobby - der Flugmodellbau - und seine Verlobte sorgen für Abwechslung.

Auf meine Frage, wie er den Mut aufgebracht hat, zu seinem Institutsdirektor zu gehen und offen zu sagen, daß er gern nach eigenem Ermessen noch andere Vorlesungen besuchen möchte, und daß er die Prüfungen verzögert ablegen bereit ist, bekam ich zur Antwort: „Ich war einer der ersten an der Technischen Universität, die einen Sonderstudienplan beantragten. Mut gehört schon dazu und ganz so sicher war ich mir auch nicht... Es ging um die Frage: schaffe ich denn das überhaupt oder blamiere ich mich etwa? Ich habe schon seit längerer Zeit die Ansicht, daß unser Staat Diplomingenieure braucht, die die Fähigkeit haben, technisch zu denken, die in der Lage sind, nicht nur Maschinen nachzubauen sondern Neuentwicklungen zu liefern, die gleichartigen Erzeugnissen auf dem Weltmarkt überlegen sind. Ohne die Voraussetzung, Ingenieure und Wissenschaftler für Höchstleistungen ausgebildet zu haben, können die im sozialistischen Wirtschaftssystem enthaltenen Gesetze nicht zum Tragen kommen. Und wer baut den Sozialismus auf? Das sind wir selber. Beim Studium des 7. Plans und beim dem „Kampf um die Studienreform bin ich in meiner Meinung nur noch bestärkt worden. Das war die Ursache für meinen Mut.“

Auf meine Frage, daß sich Friedmar mit Vorlesungen über den neuen Studienablauf trägt, erläuterte er seine Gedanken für das Ingenieurstudium:

„Fünf Semester Grundlagenstudium von Mathematik, Mechanik, Physik und anderen Grundlagenfächern. Während dieser Semester sollte noch keine Trennung in einzelne Fachrichtungen erfolgen. Im fünften Semester kann man sich für die Fachrichtungen entscheiden. Im sechsten und siebenten Semester eine teilweise Trennung der Fachrichtungen mit entsprechenden Fachvorlesungen. Das achte und neunste Semester wäre ein Praktikum, in dem man sich enger mit Problemen der Praxis vertraut macht und das Fachgebiet für die restlichen zwei Semester festlegt. Ab fünftem Semester sollten Begleitarbeiten über größere Zeiträume hinweg gestellt werden. An ihnen lernt man, wie eine Arbeit angefaßt werden muß und welche Schlussfolgerungen sich ergeben. Das ist m. E. Erziehung zu selbständigem Denken und Arbeiten. Der größte Teil der Prüfungen könnte dann wegfallen und durch Fachgespräche über die angefertigten Belege an ihre Stelle treten. Hierbei ergeben sich genügend Möglichkeiten umfassender Wissenskontrolle. In den unteren Semestern dagegen ist noch eine helfende Kontrolle notwendig. Hier sollten auch die Studenten für Sonderstudienpläne herausgefunden werden. Für Sonderstudenten schlage ich eine freie Vorlesungswahl nach Hinweisen des Lehrkörpers vor, fast gänzlich Wegfall der Prüfungen in der Oberstufe und dafür viel selbständiges Arbeiten. Als Diplomarbeit sollte ein Thema gegeben werden, welches sich in einer an das elfte Semester dauernde Studium anschließenden Aspirantur zur Doktorarbeit ausbauen läßt. Diese Vorschläge habe ich übrigens auch der Studienplankommission unterbreitet, der ich selber angehöre.“

Hans-Jürgen Bewer, Kraft- und Arbeitsmaschinen 7. Sem. Fak. Maschinenwesen

## WARUM VERBINDLICHER MINDESTUMTAUSCH FÜR BESUCHER DER DDR?

Heute antwortet Genosse Dr. Uebemuth, Institut für Rechnungswesen und Finanzen

Durch eine Anordnung des Finanzministers der DDR, vom 25. 11. 1964, wurden für Besucher aus Westdeutschland, Westberlin und anderen nicht-sozialistischen Staaten, die zum privaten Aufenthalt in die DDR einreisen, Mindestumtauschbeträge nach den von der Deutschen Notenbank seit Jahren angewandten Umrechnungssätzen festgelegt (vgl. GBl II/1964, Nr. 114, S. 803). Danach haben westdeutsche Bürger pro Tag 5,- DM, Bürger Westberlins 3,- DM der Deutschen Bundesbank (DM/DBB) je Aufenthaltstag in MDN umzutauschen. Bürger, die ihren ständigen Wohnsitz in einem anderen nichtsozialistischen Staat haben, sind zu einem entsprechenden Umtausch einer ausländischen Währung im Gegenwert von 5,- MDN pro Tag verpflichtet. Vom Mindestumtausch befreit sind Jugendliche, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und Bürger im Rentenalter bzw. sonstige Vollrentner. Durch innerbetriebliche Weisung des Präsidenten der Deutschen Notenbank sind weitere Befreiungen u. a. für eingeladene Delegationen und Sportler festgelegt.

Diese Bestimmungen führten bei verschiedenen Bürgern unserer Republik zu Fragen und Diskussionen, die leider mit der sehr kurzen Veröffentlichung der Pressestelle des Ministeriums der Finanzen (vgl. ND vom 26. 11. 64, S. 1) nicht erklärt werden. Im folgenden Beitrag soll deshalb versucht werden, die Notwendigkeit der Maßnahmen zu erläutern.

Seit dem 13. 8. 1961 wurde der bis dahin in großem Umfang vorhandene ungesetzliche Geldabfluß nach Westberlin und Westdeutschland stark eingeschränkt. Eine völlige Beseitigung der gegen unsere Devisengesetzgebung verstößenden Ausfuhr von Zahlungsmitteln wurde allerdings nicht erreicht, da nach wie vor Besucher aus der Bundesrepublik und Westberlin, sowie Ausländer, die Möglichkeit hatten, unser Geld z. B. auf der Rückreise in westdeutschen und Westberliner Wechselstuben umzutauschen. Die Situation wurde erheblich angespannter nach dem Einsetzen des Besucherstromes im Zusammenhang mit dem Passierschein-Übereinkommen und mit der Zulassung zahlreicher Wechselstuben durch den Westberliner Senat. Es ist auf währungsrechtlichem Gebiet international üblich, unabhängig von der Gesellschaftsordnung eines Staates, die gesetzlichen Bestimmungen gegenseitig zu achten. Im Falle der Passierscheinabkommen kommt hinzu, daß diese ein Schritt zur Verständigung sein sollten, was speziell in der am 24. 9. 1964 getroffenen Vereinbarung zum Ausdruck kommt, daß die beteiligten Stellen im Rahmen ihrer Zuständigkeit jede Tätigkeit unterbinden, die gegen den unge-

störten Besucherverkehr gerichtet ist. Darum hat der Beauftragte der Regierung der DDR am 6. 11. 1964 gegenüber dem Beauftragten des Senats von Westberlin gegen die von Westberliner Seite betriebenen Währungspekulationen protestiert. Der Westberliner Regierende Bürgermeister Brandt erklärte den Senat für nicht zuständig und war zu keiner Verhandlung in dieser Frage bereit, so daß unsere Regierung gezwungen war, Maßnahmen zum Schutze unserer Währung durchzuführen.

Der illegale Wechselkurs, der durch die Zulassung der Wechselstellen (Gesetz des Westberliner Senats über den „Ostmark-Umtausch“ vom 21. 12. 1961) einen offiziellen Anreiz erhält, schadet unserer Republik. Es wird der Eindruck erweckt, als würde dieser Kurs von 1:3 oder 1:4 den tatsächlichen Kaufkraftverhältnissen der Währungen der deutschen Teilstaaten entsprechen. Damit ist eine politische und ökonomische Minderung des Ansehens unserer Wirtschaft und unserer Republik verbunden. Die wirkliche Kaufkraft einer Währung zeigt sich in den Preisen der Waren, die wiederum unter unseren Bedingungen vom Stand und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität letztlich bestimmt werden. Der Kaufkraftindex unserer Mark hat sich (gemessen am Verbrauch von Arbeiter- und Angestelltenhaushalten; Lebenshaltungskostenindex) seit 1955 von 92,8 auf 102,5 erhöht. Anders ausgedrückt, die Preise für Waren und Leistungen des normalen Bevölkerungsbedarfes sind seit 1955 um rund 10 Prozent im Gesamtdurchschnitt gesunken. (Vgl. auch Statistisches Jahrbuch der DDR, 1964, S. 420). Selbst die offizielle westdeutsche Statistik muß dagegen einen Preisanstieg von jährlich durchschnittlich 2 Prozent angeben. Die „Statistischen Monatsberichte der Deutschen Bundesbank“ (November 1964, S. 91, 92) weisen z. B. von 1954 bis 1963 folgenden „Preisindex für die Lebenshaltung“ aus: 1954: 85,3, 1963: 103,0. Das bedeutet eine Senkung der Kaufkraft der Westmark um 18 Prozent. In der westdeutschen Tagespresse werden z. T. noch weit stärkere Preissteigerungen angegeben.

Daß die jeweiligen Westberliner Wechselstubenkurse nicht der Kaufkraft der Währungen entsprechen, zeigt sich auch im offiziellen innerdeutschen Handel. Hier wird in „Verrechnungspreisen“ abgerechnet, die von einem Kurs 1:1 ausgehen, wobei die Preise der gehandelten Erzeugnisse allerdings vereinbart werden.

Der Wechselstubenkurs entspricht also nicht den realen Kaufkraftbeziehungen der MDN und DM/DBB, er trägt politischen Charakter. Soweit überhaupt ökonomische Beziehungen bei diesem Kurs eine Rolle spielen, handelt es sich nur um wenige Waren, wie z. B. Bohnenkaffee, Zigaretten, Süd-

früchte, Schokolade und ähnliches, die von westdeutschen Besuchern mitgebracht werden oder die mit MDN in Westdeutschland eingekauft werden (z. B. von Ausländern, die in der DDR leben und Westberlin oder die Bundesrepublik besuchen). Dabei muß nochmals betont werden, daß jegliche, nicht von der Deutschen Notenbank genehmigte Ausfuhr unseres Geldes gegen unser Devisengesetz und das Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs (GBl I/1956, S. 321 und GBl 1960, S. 1202) verstößt. Solche „Geschäfte“ fügen unserer Volkswirtschaft, d. h. uns allen nicht nur politisch, sondern auch ökonomisch Schaden zu. Zählt ein Bürger z. B. an einen Besucher für ein Pfund Bohnenkaffee 35,- MDN und der Besucher führt für dieses Geld Waren (zum Beispiel einen Belichtungsmesser) aus oder verbraucht dieses Geld bei uns, dann werden unserer Volkswirtschaft Waren oder Leistungen entzogen, die der Gegenleistung nicht entsprechen. Für den Belichtungsmesser könnten wir z. B. im innerdeutschen Handel etwa 4 Pfund Bohnenkaffee einkaufen, bei dessen Verkauf im HO usw. unserem Staatshaushalt notwendige Einnahmen zuleufen, die er letztlich wieder für die Verbesserung und Sicherung der Lebensbedingungen aller Bürger der DDR ausgibt. Auch wenn in unserem Beispiel der Besucher die „eingehandelte“ 35,- MDN hier ausgibt, föhrt er unserer Wirtschaft Schaden zu. Er entzieht uns dafür Waren und Leistungen, für die wir eine entsprechende Arbeitsleistung geben müssen.

Lieber Leser, würden Sie es als gerecht und normal empfinden, wenn Sie sich mit Ihrem Lohn für eine Stunde Arbeit in Westdeutschland durch Verstoß gegen gesetzliche Bestimmungen einen Gegenwert aneignen, der dem westdeutschen Wertetägigen vier Arbeitsstunden korrespondiert?

Ein weiterer wichtiger Grund, warum wir die Ausfuhr unseres Geldes nicht zulassen, ist die Geldumlaufplanung. Unter sozialistischen Bedingungen ist es möglich und notwendig, die planmäßigen Einnahmen der Bevölkerung mit den geplanten Ausgaben abzustimmen. Dies trägt dazu bei, eine bedarfsgerechte Warenbereitstellung zu sichern und läßt zum Beispiel auch Möglichkeiten zur Erhöhung der Realeinkünfte (Lohnerhöhungen, Preissenkungen, verbesserte soziale Betreuung) erkennen. Es wird manchmal gesagt, Westdeutschland plant doch seinen Geldumlauf nicht und läßt Ausfuhr von Westmark zu - und trotzdem kann man in den Geschäften alles kaufen. Hier ist zu beachten, daß in kapitalistischen Staaten das Wachstum der Einkommen der Bevölkerung gesetzlich hinter dem der Produktion und der Warenbereitstellung zurückbleibt. Anders ausgedrückt, un-

ter unseren Bedingungen würden die hohen Warenbestände des Handels, wie sie in Westdeutschland vorhanden sind, zu Lohnerrhöhungen oder Preissenkungen ausgenutzt. Wenn von unserem umlaufenden Bargeld große Summen unkontrolliert aus- und eingeführt werden, wird natürlich die planmäßige Abstimmung zwischen Einnahmen und Ausgaben der Bevölkerung gestört. Dies kann sogar bewußt geschehen, um eine Warenverknappung künstlich herbeizuführen.

## Fassen wir zusammen:

Die Verhinderung politischer und ökonomischer Nachteile für unsere Bevölkerung ist also der Grund, warum der gesetzliche Mindestumtausch für private Besucher aus kapitalistischen Staaten eingeführt wurde. Der Anreiz, unser Geld gesetzwidrig in Wechselstuben einzutauschen, wird damit stark gehemmt, da die Umtauschbeträge im offiziell festgelegten Verhältnis zum Beispiel 1:1 (MDN:D-Mark) nicht zurückerhaltbar sind. Für die zu normalen Bedingungen eingetauschten Beträge unseres Geldes stehen unserer Volkswirtschaft oder den Bürgern, die zum gleichen Kurs Zahlungsmittel kapitalistischer Staaten zu beanspruchen haben (zum Beispiel auch Seeleute und Monteure - nicht nur die bekannten 5,- MDN für Rentner!) entsprechende Mittel zur Verfügung.

Bei manchen Kolleginnen und Kollegen hörte ich die Meinung, der verbindliche Mindestumtausch schade den westdeutschen Besuchern und stehe im Widerspruch zu den Bestrebungen der Annäherung zwischen den Werktätigen der ganzen deutschen Nation. Hier muß zunächst nochmals klar gesagt werden, daß mit dem Mindestumtausch Schaden für unsere Wirtschaft und damit für uns alle verhindert bzw. weitgehend eingeschränkt wird. Vom Besucher eines Landes muß erwartet werden, daß er die gesetzlichen Bestimmungen des Gastlandes achtet. Wird ein Verstoß gegen die Gesetze, wie ihn der illegale Umtausch bei den Wechselstuben darstellt, verhindert, dann kann man wohl kaum von einer Schädigung der Interessen der Besucher sprechen. Die westdeutschen und Westberliner Stellen hätten ihrer Bevölkerung einen besseren Dienst erwiesen, wenn sie auf das Verhandlungsangebot vom 6. November 1964 eingegangen wären.

Für die Bürger unserer Republik, die Besucher aus den nichtsozialistischen Staaten empfangen, bleiben noch genügend Möglichkeiten, von ihrer Gastfreundschaft Gebrauch zu machen, zumal es den Besuchern erlaubt ist, bis zur Höhe des Umtauschbetrages auch Waren aller Art bei uns zu kaufen und auszuführen.

